

Inhaltsverzeichnis 2014

I. Rechtsprechungsverzeichnis

	Seite		Seite
Bundesgerichtshof			
Ermittlung der Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternunterhalt <i>BGH, Beschluss vom 5. Februar 2014, XII ZB 25/13</i>	27	Betriebskostenguthaben: Anrechnung auf die tatsächlichen Aufwendungen im Anrechnungszeitraum <i>BSG, Urteil vom 12. Dezember 2013, B 14 AS 83/12 R</i>	129
Bundessozialgericht			
Bedarfsgemeinschaft zwischen Leistungsberechtigten nach SGB II und Ehepartner im Pflegeheim <i>BSG, Urteil vom 16. April 2013, B 14 AS 71/12 R</i>	3	Zur Bestimmtheit eines Überprüfungsantrages nach § 44 SGB X <i>BSG, Urteil vom 13. Februar 2014, B 4 AS 22/13 R</i>	113
Anteiliger Regelbedarf bei Kindesumgang und Zugehörigkeit zu zwei temporären Bedarfsgemeinschaften <i>BSG, Urteil vom 12. Juni 2013, B 14 AS 50/12 R</i>	35	Kein Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts aus einer Eingliederungsvereinbarung <i>BSG, Urteil vom 2. April 2014, B 4 AS 26/13 R</i>	104
Zur Übernahme unangemessen hoher Heizkosten im SGB II <i>BSG, Urteil vom 12. Juni 2013, B 14 AS 60/12 R</i>	31	Antrag auf Arbeitslosengeld nach dem SGB III umfasst nicht grundsätzlich Antrag auf Arbeitslosengeld II <i>BSG, Urteil vom 2. April 2014, B 4 AS 29/13 R</i>	131
Doppeltes Elterngeld bei Zwillingen <i>BSG, Urteil vom 27. Juni 2013, B 10 EG 8/12 R</i>	51	Keine Begrenzung der Leistungen auf die bisherigen Unterkunftskosten nach Unterbrechung des Leistungsbezuges für mindestens einen Monat <i>BSG, Urteil vom 9. April 2014, B 14 AS 23/13 R</i>	110
Optionskommunen haften gegenüber dem Bund nur für vorsätzlich oder grob fahrlässig fehlerhaftes Verhalten <i>BSG, Urteil vom 2. Juli 2013, B 4 AS 72/12 R</i>	5	Bundesverfassungsgericht	
Abweichung vom Kopfteilprinzip bei der Aufteilung der Unterkunftskosten aufgrund wirksamer vertraglicher Vereinbarung <i>BSG, Urteil vom 22. August 2013, B 14 AS 85/12 R</i>	37	Sozialrechtliche Regelbedarfsleistungen derzeit noch verfassungsgemäß <i>BVerfG, Beschluss vom 23. Juli 2014, 1 BvL 10/12, 1 BvL 12/12, 1 BvR 1691/13</i>	121
Umfang der Heranziehung zu den Kosten des in der stationären Einrichtung erbrachten Lebensunterhalts <i>BSG, Urteil vom 23. August 2013, B 8 SO 17/12 R</i>	55	Bundesverwaltungsgericht	
Übernahme der Kosten für eine systemische Bewegungstherapie als Leistung der Eingliederungshilfe <i>BSG, Urteil vom 23. August 2013, B 8 SO 10/12 R</i>	61	Interessenwahrungsgrundsatz und Kostenerstattung in der Jugendhilfe <i>BVerwG, Urteil vom 13. Juni 2013, 5 C 30.12</i>	39
Übernahme der Leihgebühr für ein Musikinstrument nach § 28 Abs. 7 SGB II <i>BSG, Urteil vom 10. September 2013, B 4 AS 10/12 R</i>	63	Rückforderung der Kosten einer rechtswidrigen Inobhutnahme <i>BVerwG, Urteil vom 11. Juli 2013, 5 C 24.12</i>	16
Aufhebung bzw. Rücknahme von Leistungsbewilligungen für die Vergangenheit unter Berücksichtigung eines zeitlichen Einkommensverbrauchs <i>BSG, Urteil vom 10. September 2013, B 4 AS 89/12 R</i>	75	Kostenerstattung und örtliche Zuständigkeit nach § 86 Abs. 5 SGB VIII <i>BVerwG, Urteil vom 14. November 2013, 5 C 34.12</i>	136
BSG bestätigt Richtwerte für angemessene Unterkunftskosten der Stadt München <i>BSG, Urteil vom 10. September 2013, B 4 AS 77/12 R</i>	79	Landessozialgerichte	
Normenkontrollverfahren zur Geltung der Berliner Wohnungswahlverordnung (WAV) für Leistungsempfänger/innen nach dem SGB XII <i>BSG, Urteil vom 17. Oktober 2013, B 14 AS 70/12 R</i>	99	Übernahme von Reisekosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts mit Kind im Ausland <i>LSG Essen, Beschluss vom 17. März 2014, L 7 AS 2392/13 B ER</i>	115
Einbeziehung eines Sicherheitszuschlags von 10 % auch bei Heranziehung von § 12 WoGG <i>BSG, Urteil vom 12. Dezember 2013, B 4 AS 87/12 R</i>	67	Feststellung des Grundpflegebedarfs für Leistungen nach der Pflegestufe I <i>LSG Halle, Urteil vom 23. Januar 2013, L 4 P 15/11</i>	12
Vorlage an den EuGH zur Vereinbarkeit der Ausschlussklausel des § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II mit EU-Recht <i>BSG, Entscheidung vom 12. Dezember 2013, B 4 AS 9/13 R</i>	86	Oberverwaltungsgerichte, Verwaltungsgerichtshöfe	
Keine Härtefalleistung für „ergänzende“ kieferorthopädische Versorgung <i>BSG, Urteil vom 12. Dezember 2013, B 4 AS 6/13 R</i>	90	Neufestsetzung von Wohngeld in niedrigerer Höhe <i>OVG Lüneburg, Beschluss vom 5. September 2013, 4 LB 261/11</i>	20
		Ermittlung des Einkommens zur Festsetzung eines jugendhilferechtlichen Kostenbeitrags <i>OVG Münster, Urteil vom 16. April 2013, 12 A 1292/09</i>	44
		Anrechnung von Unterhaltszahlungen auf Unterhaltsvorschuss <i>VGH München, Beschluss vom 7. November 2012, 12 C 12.2279</i>	22

	Seite		Seite
Angemessenheit der Änderungskündigung eines schwerbehinderten Menschen <i>VGH München, Urteil vom 13. November 2012, 12 B 12.1675</i>	70	Zustimmung des Integrationsamtes zur Kündigung eines schwerbehinderten Arbeitnehmers <i>VGH München, Urteil vom 31. Januar 2013, 12 B 12.860</i>	117
Kein Ausschluss dauernden Getrenntlebens durch wiederholte Versöhnungsversuche <i>VGH München, Beschluss vom 14. Januar 2013, 12 C 12.2737</i>	141	Eigenständige Klagebefugnis eines alleinerziehenden Elternteils zur Geltendmachung eines UVG-Anspruchs <i>VGH München, Beschluss vom 20. Januar 2014, 12 C 13.2488</i>	95

II. Sachverzeichnis

	Seite		Seite
Alleinerziehende		Einrichtung	
Eigenständige Klagebefugnis eines alleinerziehenden Elternteils zur Geltendmachung eines UVG-Anspruchs	95	Umfang der Heranziehung zu den Kosten des in der stationären Einrichtung erbrachten Lebensunterhalts	55
Arbeitsförderung		Einsatz von Einkommen → Einkommen	
Antrag auf Arbeitslosengeld nach dem SGB III umfasst nicht grundsätzlich Antrag auf Arbeitslosengeld II	131	Doppeltes Elterngeld bei Zwillingen	51
Arbeitslosengeld I		Elternunterhalt	
Antrag auf Arbeitslosengeld nach dem SGB III umfasst nicht grundsätzlich Antrag auf Arbeitslosengeld II	131	Ermittlung der Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternunterhalt	27
Arbeitslosengeld II → Grundsicherung für Arbeitsuchende		Europäischer Gerichtshof	
Bedarfsgemeinschaft		Vorlage an den EuGH zur Vereinbarkeit der Ausschlussklausel des § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II mit EU-Recht	86
Anteiliger Regelbedarf bei Kindesumgang und Zugehörigkeit zu zwei temporären Bedarfsgemeinschaften	35	Getrenntleben	
Bedarfsgemeinschaft zwischen Leistungsberechtigten nach SGB II und Ehepartner im Pflegeheim	3	Kein Ausschluss dauernden Getrenntlebens durch wiederholte Versöhnungsversuche	141
Behinderte Menschen		Grundpflege	
Angemessenheit der Änderungskündigung eines schwerbehinderten Menschen	70	Feststellung des Grundpflegebedarfs für Leistungen nach der Pflegestufe I	12
Übernahme der Kosten für eine systemische Bewegungstherapie als Leistung der Eingliederungshilfe	61	Grundsicherung für Arbeitsuchende	
Zustimmung des Integrationsamtes zur Kündigung eines schwerbehinderten Arbeitnehmers	117	Abweichung vom Kopfteilprinzip bei der Aufteilung der Unterkunftskosten aufgrund wirksamer vertraglicher Vereinbarung	37
Bescheide		Anteiliger Regelbedarf bei Kindesumgang und Zugehörigkeit zu zwei temporären Bedarfsgemeinschaften	35
Zur Bestimmtheit eines Überprüfungsantrages nach § 44 SGB X	113	Antrag auf Arbeitslosengeld nach dem SGB III umfasst nicht grundsätzlich Antrag auf Arbeitslosengeld II	131
Betriebskostenrückzahlungen		Aufhebung bzw. Rücknahme von Leistungsbewilligungen für die Vergangenheit unter Berücksichtigung eines zwischenzeitlichen Einkommensverbrauchs	75
Betriebskostenguthaben: Anrechnung auf die tatsächlichen Aufwendungen im Anrechnungszeitraum	129	Bedarfsgemeinschaft zwischen Leistungsberechtigten nach SGB II und Ehepartner im Pflegeheim	3
Bewegungstherapie		Betriebskostenguthaben: Anrechnung auf die tatsächlichen Aufwendungen im Anrechnungszeitraum	129
Übernahme der Kosten für eine systemische Bewegungstherapie als Leistung der Eingliederungshilfe	61	BSG bestätigt Richtwerte für angemessene Unterkunftskosten der Stadt München	79
Eingliederungshilfe		Einbeziehung eines Sicherheitszuschlags von 10 % auch bei Heranziehung von § 12 WoGG	67
Übernahme der Kosten für eine systemische Bewegungstherapie als Leistung der Eingliederungshilfe	61	Kein Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts aus einer Eingliederungsvereinbarung	104
Eingliederungsvereinbarung		Keine Begrenzung der Leistungen auf die bisherigen Unterkunftskosten nach Unterbrechung des Leistungsbezuges für mindestens einen Monat	110
Kein Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts aus einer Eingliederungsvereinbarung	104	Keine Härtefalleistung für „ergänzende“ kieferorthopädische Versorgung	90
Einkommen		Optionskommunen haften gegenüber dem Bund nur für vorsätzlich oder grob fahrlässig fehlerhaftes Verhalten	5
Aufhebung bzw. Rücknahme von Leistungsbewilligungen für die Vergangenheit unter Berücksichtigung eines zwischenzeitlichen Einkommensverbrauchs	75		
Doppeltes Elterngeld bei Zwillingen	51		
Ermittlung der Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternunterhalt	27		
Ermittlung des Einkommens zur Festsetzung eines jugendhilferechtlichen Kostenbeitrags	44		
Umfang der Heranziehung zu den Kosten des in der stationären Einrichtung erbrachten Lebensunterhalts	55		

	Seite		Seite
Sozialrechtliche Regelbedarfsleistungen derzeit noch verfassungsgemäß	121	Mehrbedarf Keine Härtefalleistung für „ergänzende“ kieferorthopädische Versorgung	90
Übernahme der Leihgebühr für ein Musikinstrument nach § 28 Abs. 7 SGB II	63	Musikinstrumente Übernahme der Leihgebühr für ein Musikinstrument nach § 28 Abs. 7 SGB II	63
Übernahme von Reisekosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts mit Kind im Ausland	115	Normenkontrollverfahren Normenkontrollverfahren zur Geltung der Berliner Wohnaufwendungsverordnung (WAV) für Leistungsempfänger/innen nach dem SGB XII	99
Vorlage an den EuGH zur Vereinbarkeit der Ausschlussklausel des § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II mit EU-Recht	86	Optionskommune Optionskommunen haften gegenüber dem Bund nur für vorsätzlich oder grob fahrlässig fehlerhaftes Verhalten	5
Zur Bestimmtheit eines Überprüfungsantrages nach § 44 SGB X	113	Pflegeheim Bedarfsgemeinschaft zwischen Leistungsberechtigten nach SGB II und Ehepartner im Pflegeheim	3
Zur Übernahme unangemessen hoher Heizkosten im SGB II	31	Pflegeversicherung Feststellung des Grundpflegebedarfs für Leistungen nach der Pflegestufe I	12
Heizkosten → Unterkunftskosten		Reisekosten Übernahme von Reisekosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts mit Kind im Ausland	115
Hilfe zum Lebensunterhalt → Sozialhilfe		Regelbedarfe Anteiliger Regelbedarf bei Kindesumgang und Zugehörigkeit zu zwei temporären Bedarfsgemeinschaften	35
Inobhutnahme Rückforderung der Kosten einer rechtswidrigen Inobhutnahme	16	Sozialrechtliche Regelbedarfsleistungen derzeit noch verfassungsgemäß	121
Integrationsamt Zustimmung des Integrationsamtes zur Kündigung eines schwerbehinderten Arbeitnehmers	117	Schule Übernahme der Kosten für eine systemische Bewegungstherapie als Leistung der Eingliederungshilfe	61
Interessenwahrungsgrundsatz Interessenwahrungsgrundsatz und Kostenerstattung in der Jugendhilfe	39	Schwerbehinderte → Behinderte Menschen	
Jugendhilfe Ermittlung des Einkommens zur Festsetzung eines jugendhilferechtlichen Kostenbeitrags	44	SGB II → Grundsicherung für Arbeitsuchende	
Interessenwahrungsgrundsatz und Kostenerstattung in der Jugendhilfe	39	SGB XII → Sozialhilfe	
Kostenerstattung und örtliche Zuständigkeit nach § 86 Abs. 5 SGB VIII	136	Sicherheitszuschlag Einbeziehung eines Sicherheitszuschlags von 10 % auch bei Heranziehung von § 12 WoGG	67
Rückforderung der Kosten einer rechtswidrigen Inobhutnahme	16	Sozialhilfe Bedarfsgemeinschaft zwischen Leistungsberechtigten nach SGB II und Ehepartner im Pflegeheim	3
Kieferorthopädische Versorgung Keine Härtefalleistung für „ergänzende“ kieferorthopädische Versorgung	90	Normenkontrollverfahren zur Geltung der Berliner Wohnaufwendungsverordnung (WAV) für Leistungsempfänger/innen nach dem SGB XII	99
Kinder- und Jugendhilfegesetz → Jugendhilfe		Sozialrechtliche Regelbedarfsleistungen derzeit noch verfassungsgemäß	121
Kopfteilprinzip Abweichung vom Kopfteilprinzip bei der Aufteilung der Unterkunftskosten aufgrund wirksamer vertraglicher Vereinbarung	37	Übernahme der Kosten für eine systemische Bewegungstherapie als Leistung der Eingliederungshilfe	61
Kosten der Unterkunft → Unterkunftskosten		Umfang der Heranziehung zu den Kosten des in der stationären Einrichtung erbrachten Lebensunterhalts	55
Kostenbeitrag Ermittlung des Einkommens zur Festsetzung eines jugendhilferechtlichen Kostenbeitrags	44	Teilhabe Übernahme der Leihgebühr für ein Musikinstrument nach § 28 Abs. 7 SGB II	63
Kostenerstattung Interessenwahrungsgrundsatz und Kostenerstattung in der Jugendhilfe	39	Überprüfungsantrag Zur Bestimmtheit eines Überprüfungsantrages nach § 44 SGB X	113
Kostenerstattung und örtliche Zuständigkeit nach § 86 Abs. 5 SGB VIII	136	Umgangsrecht Anteiliger Regelbedarf bei Kindesumgang und Zugehörigkeit zu zwei temporären Bedarfsgemeinschaften	35
Optionskommunen haften gegenüber dem Bund nur für vorsätzlich oder grob fahrlässig fehlerhaftes Verhalten	5	Übernahme von Reisekosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts mit Kind im Ausland	115
Rückforderung der Kosten einer rechtswidrigen Inobhutnahme	16		
Kostenheranziehung Umfang der Heranziehung zu den Kosten des in der stationären Einrichtung erbrachten Lebensunterhalts	55		
Kündigung Angemessenheit der Änderungskündigung eines schwerbehinderten Menschen	70		
Zustimmung des Integrationsamtes zur Kündigung eines schwerbehinderten Arbeitnehmers	117		

	Seite		Seite
Umzug		Normenkontrollverfahren zur Geltung der Berliner Wohnaufwendungsverordnung (WAV) für Leistungsempfänger/innen nach dem SGB XII	99
Keine Begrenzung der Leistungen auf die bisherigen Unterkunftskosten nach Unterbrechung des Leistungsbezuges für mindestens einen Monat	110		
Unterhaltsrecht		Zur Übernahme unangemessen hoher Heizkosten im SGB II	31
Ermittlung der Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternunterhalt	27	Verfassungsmäßigkeit	
Unterhaltsvorschussgesetz		Sozialrechtliche Regelbedarfsleistungen derzeit noch verfassungsgemäß	121
Anrechnung von Unterhaltszahlungen auf Unterhaltsvorschuss	22	Versöhnungsversuche	
Eigenständige Klagebefugnis eines alleinerziehenden Elternteils zur Geltendmachung eines UVG-Anspruchs	95	Kein Ausschluss dauernden Getrenntlebens durch wiederholte Versöhnungsversuche	141
Kein Ausschluss dauernden Getrenntlebens durch wiederholte Versöhnungsversuche	141	Wohnaufwendungsverordnung Berlin	
Unterkunft, Unterkunftskosten		Normenkontrollverfahren zur Geltung der Berliner Wohnaufwendungsverordnung (WAV) für Leistungsempfänger/innen nach dem SGB XII	99
Abweichung vom Kopfteilprinzip bei der Aufteilung der Unterkunftskosten aufgrund wirksamer vertraglicher Vereinbarung	37	Wohngeld	
Betriebskostenguthaben: Anrechnung auf die tatsächlichen Aufwendungen im Anrechnungszeitraum	129	Einbeziehung eines Sicherheitszuschlags von 10 % auch bei Heranziehung von § 12 WoGG	67
BSG bestätigt Richtwerte für angemessene Unterkunftskosten der Stadt München	79	Neufestsetzung von Wohngeld in niedrigerer Höhe	20
Einbeziehung eines Sicherheitszuschlags von 10 % auch bei Heranziehung von § 12 WoGG	67	Zuständigkeit	
Kein Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts aus einer Eingliederungsvereinbarung	104	Kostenerstattung und örtliche Zuständigkeit nach § 86 Abs. 5 SGB VIII	136
Keine Begrenzung der Leistungen auf die bisherigen Unterkunftskosten nach Unterbrechung des Leistungsbezuges für mindestens einen Monat	110	Zwillinge	
		Doppeltes Elterngeld bei Zwillingen	51

III. Paragrafenverzeichnis

	Seite		Seite		Seite
AEUV		§ 291	12	ESTG	
Art. 18	86, 89, 90	§ 407	57	§ 2 Abs. 4	53
Art. 45	86, 90	§ 412	57	§ 9a Abs. 1	52
Art. 267	86–88	§ 558	83	§ 10 Abs. 1	53
Alg II-VO		§ 560	83	FreizügG/EU	
§ 2	77–79	§ 816	57	§ 2	87
BAföG		§ 818	12	§ 5	86
§ 2 Abs. 1	106	§ 1360	27	GG	
§ 12	106, 107	§ 1360a	27	Art. 1	92, 102, 106, 108, 109, 121, 122, 128
§ 13	105–107	§ 1567	141, 142	Art. 3	5, 46, 48, 51–53, 55, 95, 107
BEEG		§ 1603	23, 24, 28	Art. 6	48, 95, 115, 116, 138
§ 1	51–54	§ 1626	117, 138	Art. 19 Abs. 4	47
§ 2	51–55	§ 1627	139	Art. 20 Abs. 1	92, 102, 106, 108, 109, 121, 122, 128
§ 3	53–55	§ 1628	36	Art. 20 Abs. 3	8, 46, 108
§ 4	51–55	§ 1629	36	Art. 42 Abs. 1	121
§ 15 Abs. 2	54	§ 1631	138	Art. 59 Abs. 2	86
BERzGG		§ 1666	139	Art. 91e	9, 12
§ 1 Abs. 1	54	§ 1684	35, 116	Art. 100 Abs. 1	52
§ 3 Abs. 1	54, 55	§ 1687	136, 139	Art. 103 Abs. 1	62
BetrKV		BKGG		Art. 104a Abs. 5	7–12
§ 1	30	§ 6a	133	Art. 106 Abs. 8	7–11
§ 2	30	BSHG		Art. 140	53
BGB		§ 27 Abs. 3	57	HeimG	
§ 100	27	§ 85 Abs. 1	58, 59	§ 5 Abs. 11	60
§ 107	36	§ 100	57	RBEG	
§ 117	39	EFA		§ 2	124
§ 133	39, 59, 133	Art. 1	86, 87	§ 3	124
§ 157	59	Art. 16	87	§ 4	124
§ 242	41	EingIH-VO		SGB I	
§ 288	12	§ 1	62	§ 11	17–19
		§ 2	62	§ 12	9
		§ 12	62, 63	§ 14	135
				§ 15	135
				§ 16	132
				§ 27 Abs. 1	17
				§ 31	7
				§ 33a	17, 19
				§ 36 Abs. 1	17
				§ 39 Abs. 1	19
				SGB II	
				§ 1	7, 11, 108, 112
				§ 2	11, 112
				§ 3	7, 11, 93, 106, 108
				§ 5	58–60, 93, 108
				§ 6	9, 82
				§ 6a	6, 7, 10, 67, 134
				§ 6b	6–10, 130

	Seite		Seite		Seite		Seite
§ 7	3–5, 32, 35, 36, 38, 58–60, 68, 77, 86–90, 92, 105, 106, 109–111, 117, 132, 133, 135	§ 27	93	§ 104 Abs. 1	42–44, 96	UVG	
§ 7a	38	§ 28	93	§ 107	96	§ 1	23, 24, 95, 96, 141, 142
§ 8	86, 87, 90, 105	§ 29	93, 94	SGB XI		§ 2	22–24
§ 9	4, 5, 35–38, 65, 105, 111, 124, 132	§ 62	93	§ 14	14, 15	§ 4	96
§ 11	35, 37, 77, 78, 112, 124, 129, 130	§ 73 Abs. 2	62	§ 15	14–16	§ 5	141
§ 11b	112, 124	§ 92	90	§ 20	123	§ 6	141
§ 12	5	SGB VIII		§ 25	123	§ 7	22, 24
§ 12a	108	§ 2	17	§ 37 Abs. 1	14	§ 9 Abs. 1	95
§ 14	108	§ 4 Abs. 2	18, 19	§ 43	14	VO (EG) 883/2004	
§ 15	105, 107–109	§ 7 Abs. 1	19, 139	§ 45a	14	Art. 1	88
§ 16	7, 8, 11, 108	§ 10 Abs. 4	39, 41–43, 62	§ 45b	14	Art. 2	88
§ 16b	90	§ 22 Abs. 1	127	SGB XII		Art. 3	88
§ 16d	90	§ 27	42, 139	§ 2	60, 61, 63	Art. 4	86, 88, 89
§ 16e	90	§ 30	137	§ 3	57, 62	Art. 70	86, 88, 89
§ 16f	11	§ 31	137, 139	§ 9	60	VwGO	
§ 19	3, 32, 36, 38, 64, 65, 68, 81, 86, 92, 105, 111, 127, 129, 130	§ 33	42	§ 13	5	§ 42	95, 101
§ 20	4, 32, 36, 102, 112, 121–123, 126, 130, 131, 134	§ 35a	62	§ 19	57, 59, 60	§ 47	101
§ 21 Abs. 6	37, 63, 64, 66, 91–93, 115, 116, 123	§ 37	138	§ 21	58–60, 90	§ 50	8
§ 22	4, 5, 8, 31–35, 38, 68, 69, 80–82, 85, 99–113, 123, 125, 129–131	§ 39	43	§ 22	110	§ 79 Abs. 1	19
§ 22a	99–103	§ 42	17–20, 139	§ 27b	5	§ 86 Abs. 1	44, 45
§ 22b	81, 99–104	§ 43	139	§ 28	123, 124, 128	§ 91	72
§ 22c	99–103	§ 76 Abs. 1	18	§ 28a	121, 122, 128	§ 92	136
§ 23	8, 112, 121, 122, 130	§ 77	20	§ 30	44	§ 113	44, 71, 72, 118
§ 24	63, 112, 126	§ 78a	20	§ 35	5, 56–60, 99–101	§ 114	118
§ 27	101, 106	§ 85	137, 138	§ 35a	99–104	§ 125	136
§ 28	36, 63–66, 92, 123, 127, 128	§ 86	17, 41, 136–139	§ 40	128	§ 127 Abs. 1	72
§ 29	65, 127	§ 86c	136–139	§ 41	44	§ 130a	21
§ 30	65, 112	§ 87	17	§ 42	57–59	§ 137	17, 41, 42, 137, 139
§ 36	36	§ 89a	40, 41, 44	§ 53	42, 58, 60, 62	§ 141	136
§ 37	64, 65, 111, 112, 132, 135	§ 89c	136, 139	§ 54	40, 42, 43, 58, 60–63	§ 144	17, 45–47
§ 38	36, 132	§ 89f	40, 41, 136, 139, 140	§ 73	91, 92	§ 166	23, 95, 141, 142
§ 40	77, 78, 82, 87, 107, 113–115, 130, 134	§ 91	18, 44	§ 76 Abs. 2	59	§ 173	136
§ 41	78, 80, 85, 92, 112	§ 92	18, 47, 48	§ 82	56–60	§ 188	142
§ 44a	109	§ 93	44–48	§ 88	57, 58	VwVfG	
§ 44b	134	§ 94	46	§ 89 Abs. 1	59	§ 26	119
§ 46	6, 7, 130	SGB IX		§ 92	5, 57, 58, 61, 62	§ 51 Abs. 1	114
§ 47	7	§ 2	11, 42, 62	§ 92a	5, 57–60	WAV Berlin	
§ 77	65, 121	§ 14	40, 42, 56, 57, 59, 62	§ 93	58, 60	§ 4	103, 104
SGB III		§ 26	42, 61	§ 94 Abs. 1	27, 28	§ 6	99–104
§ 10	11, 12	§ 33	42	§ 97	57, 59, 62	WoFG	
§ 65 Abs. 1	106	§ 41	42	§ 98	57, 62	§ 10	81
§ 66 Abs. 3	106	§ 55	42, 61	SGG		WoGG	
§ 77	106	§ 69	44	§ 8	8	§ 1	69
§ 85	106	§ 85	118	§ 12	100	§ 2 Abs. 3	21
§ 101	106	§ 88	118	§ 29	100	§ 8	21, 69
§ 105	106	§ 89 Abs. 2	70, 71	§ 31	100	§ 9	69
§ 106	106	§ 102 Abs. 3	117, 119, 120	§ 39	8	§ 10 Abs. 3	21
§ 116	134	SGB X		§ 51	8, 100	§ 11	21, 69
§ 117	133	§ 1 Abs. 1	18	§ 54	3, 8, 13, 32, 52, 56, 105, 132	§ 12	21, 67–69
§ 118	133	§ 9	45, 46	§ 55 a	100, 101, 104	§ 15 Abs. 4	22
§ 125	109	§ 20	44–46, 82, 114, 117, 119, 120	§ 73	36	§ 27 Abs. 1	21, 22
§ 136	133	§ 21	114, 117, 119	§ 75	56, 59, 61, 62	§ 29	20–22
§ 190	133, 134	§ 24	76, 79	§ 77	61	ZPO	
§ 195	134	§ 26a	134	§ 86b	116	§ 81	36
§ 235a	11	§ 28	132, 134, 135	§ 87	130	§ 114	23, 95, 141, 142
§ 330	77–79, 130	§ 31	8, 17, 56, 77	§ 95	61	§ 115	142
§ 421r	11	§ 33	58, 76	§ 96	12–14, 52	§ 121	23, 95, 141, 142
§ 421t	11	§ 34	105, 108	§ 98	8	§ 127	142
SGB V		§ 39	17	§ 99	12, 14, 63, 130	§ 269	136
§ 5	123	§ 40	57, 108	§ 101	59	§ 278	59
§ 10	123	§ 42	58	§ 103	69, 80, 82	§ 404a	82, 85
		§ 43	58, 79	§ 118	82, 85	§ 560	62
		§ 44	20, 58, 112–115, 133	§ 130	56, 62	§ 920	116
		§ 45	16, 17, 19, 58, 76–80	§ 141	32		
		§ 46	58	§ 153	52		
		§ 47	58	§ 157	13		
		§ 48	44, 47, 58, 75, 77, 78, 80, 87, 130	§ 161	129		
		§ 50	16–20, 78, 130	§ 163	57, 62, 65, 68, 106, 111, 132		
		§ 53	107–109	§ 168			
		§ 55	107	§ 170	3, 32, 62		
		§ 58	107	§ 202	59, 62		
		§ 59	108				
		§ 103 Abs. 1	42				

IV. Abkürzungsverzeichnis

AA	= Agentur für Arbeit	BhV	= Allgemeine Verwaltungsvorschriften über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen
Abl.	= Amtsblatt	BKGG	= Bundeskindergeldgesetz
Abs.	= Absatz	BKK	= Zeitschrift der betrieblichen Krankenversicherung
AEG	= Allgemeines Eisenbahngesetz	BMAS	= Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
ÄndG	= Änderungsgesetz	BMF	= Bundesministerium der Finanzen
a. F.	= alte Fassung	BNatSchG	= Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege
AG	= Amtsgericht; Ausführungsgesetz	BRAGO	= Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung
AGBG	= Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	BR-Drucks.	= Bundesrats-Drucksache
AGBSHG	= Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfe- gesetzes	BRRG	= Beamtenrechtsrahmengesetz
AGG	= Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	BSG	= Bundessozialgericht
AGSGB	= Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches	BSGE	= Entscheidungen des Bundessozialgerichts
AGVwGO	= Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsord- nung	BSHG	= Bundessozialhilfegesetz
Alg	= Arbeitslosengeld	BStBl.	= Bundessteuerblatt
Alg II-VO	= Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim Arbeitslosengeld II/ Sozialgeld	BT-Drucks.	= Bundestags-Drucksache
Alhi	= Arbeitslosenhilfe	BudgetV	= Budgetverordnung
AlhiV	= Arbeitslosenhilfe-Verordnung	BVerfG	= Bundesverfassungsgericht
AltZertG	= Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz	BVerfGE	= Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
AMG	= Arzneimittelgesetz	BVerfGG	= Bundesverfassungsgerichtsgesetz
AMRI.	= Arzneimittelrichtlinie	BVerwG	= Bundesverwaltungsgericht
AO	= Abgabenordnung	BVerwGE	= Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
AOK	= Allgemeine Ortskrankenkasse	BVFG	= Bundesvertriebenengesetz
ArbGG	= Arbeitsgerichtsgesetz	BVG	= Bundesversorgungsgesetz
ArVNG	= Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz	DA	= Dienstanweisung
ASMK	= Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der Länder	DA-FamEstG	= Dienstanweisung zur Durchführung des Familien- leistungsausgleichs
ASRG	= Gesetz zur Reform der agrarsozialen Sicherung	DAngVers	= Die Angestellten-Versicherung (Zeitschrift)
AsylbLLG	= Asylbewerberleistungsgesetz	DAVorm	= Der Amtsvormund (Zeitschrift)
AsylVfG	= Asylverfahrensgesetz	DBIR	= Dienstblatt der Bundesanstalt für Arbeit – Recht- sprechung
AufenthG	= Aufenthaltsgesetz	DIJuF	= Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familien- recht
AuslG	= Ausländergesetz	DIV	= Deutsches Institut für Vormundschaftswesen
AVAVG	= Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen- versicherung	DÖV	= Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
AVG	= Angestelltenversicherungsgesetz	DOK	= Die Ortskrankenkasse (Zeitschrift)
AVmG	= Altersvermögensgesetz	DRG	= Diagnosis Related Groups
AWO	= Arbeiterwohlfahrt	DRV	= Deutsche Rentenversicherung (Zeitschrift)
BA	= Bundesagentur für Arbeit	DSG	= Datenschutzgesetz
BAB	= Berufsausbildungsbeihilfe	DV	= Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
BAföG	= Bundesausbildungsförderungsgesetz	DVAuslG	= Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz
BAG	= Bundesarbeitsgericht	DVBl.	= Deutsches Verwaltungsblatt
BAnz.	= Bundesanzeiger	DVO	= Durchführungsverordnung
BArbBl	= Bundesarbeitsblatt	DVP	= Deutsche Verwaltungspraxis (Zeitschrift)
BAT	= Bundesangestelltentarifvertrag	E	= Entwurf
BayEUG	= Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen	EBO	= Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung
BayObLG	= Bayerisches Oberstes Landesgericht	EFA	= Europäisches Fürsorgeabkommen
BayVBl.	= Bayerische Verwaltungsblätter	EFG	= Entscheidungen der Finanzgerichte
Bay. VGH	= Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	EG	= Europäische Gemeinschaft
BayVwVfG	= Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz	EGAO	= Einführungsgesetz zur Abgabenordnung
BBauG	= Bundesbaugesetz	EGBGB	= Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
BBesG	= Bundesbesoldungsgesetz	EigZulG	= Eigenheimzulagengesetz
BDSG	= Bundesdatenschutzgesetz	EingIH-VO	= Eingliederungshilfeverordnung
BEEG	= Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit	EMRK	= Europäische Menschenrechtskonvention
BefrVO	= Verordnung über die Voraussetzungen für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht	EntlG	= Gesetz zur Entlastung der Gerichte in der Verwal- tungs- und Finanzgerichtsbarkeit
BerRehaG	= Berufliches Rehabilitationsgesetz	ErsK	= Ersatzkasse
BErzGG	= Bundeserziehungsgeldgesetz	EstG	= Einkommensteuergesetz
BFH	= Bundesfinanzhof	ESVGH	= Entscheidungssammlung des Hessischen und des Baden-Württembergischen Verwaltungsge- richtshofes
BFHE	= Sammlung der Entscheidungen des Bundes- finanzhofs	EU	= Erwerbsunfähigkeit; Europäische Union
BFH/NV	= Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entschei- dungen des Bundesfinanzhofs	EuFürsAbk	= Europäisches Fürsorgeabkommen
BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch	EuG	= Sammlung der Entscheidungen und Gutachten der Spruchstellen für Fürsorgestreitigkeiten
BGBI.	= Bundesgesetzblatt	EuGH	= Europäischer Gerichtshof
BGG	= Behindertengleichstellungsgesetz	EVS	= Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
BGH	= Bundesgerichtshof	EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
BGHZ	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivil- sachen	EzFamR	= Entscheidungssammlung zum Familienrecht
		F.	= Fassung
		FA	= Finanzamt

FamRZ	= Zeitschrift für das gesamte Familienrecht	KiTaG	= Kindertagesstättengesetz
FEVS	= Fürsorgerechtl. Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte (Sammlung)	KJHG	= Kinder- und Jugendhilfegesetz
FG	= Finanzgericht	KK	= Krankenkasse
FGO	= Finanzgerichtsordnung	KOLS	= Konferenz der Obersten Landessozialbehörden
FKPG	= Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms	KomtrZV	= Kommunalträger-Zulassungsverordnung
FLPK	= Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG	KostAusglVO	= Kostenausgleichsverordnung
Fn.	= Fußnote	KrV	= Die Krankenversicherung (Zeitschrift)
FreizügG/EU	= Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern	KSchG	= Kündigungsschutzgesetz
FRV	= Fürsorgerechtsvereinbarung	KStG	= Körperschaftsteuergesetz
FStrG	= Bundesfernstraßengesetz	KSVG	= Künstlersozialversicherungsgesetz
FuR	= Familie und Recht (Zeitschrift)	KV	= Krankenversicherung
GABI.	= Gemeinsames Amtsblatt	KvDA	= Krankenversicherung der Arbeitslosen
GfA	= Gesellschaft für Arbeitsmarktförderung	KVEG	= Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz
GG	= Grundgesetz	KVHilfsmittelV	= Verordnung über Hilfsmittel von geringem therapeutischen Nutzen in der gesetzlichen Krankenversicherung
GK	= Gemeinschaftskommentar; Genfer Konvention	KVKG	= Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz
GKG	= Gerichtskostengesetz	LAG	= Landesarbeitsgericht; Lastenausgleichsgesetz
GKV	= Gesetzliche Krankenversicherung	LBO	= Landesbauordnung
GMBL.	= Gemeinsames Ministerialblatt	LG	= Landgericht
GMG	= Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung	LHO	= Landeshaushaltsordnung
GnO NW	= Gnadenordnung für das Land Nordrhein-Westfalen	LPartG	= Lebenspartnerschaftsgesetz
GRG	= Gesundheitsreformgesetz	LPartGErgG	= Lebenspartnerschaftsgesetz-Ergänzungsgesetz
GSG	= Gesundheitsstrukturgesetz	LPflegeHG	= Landespflegehilfegesetz
GSiG	= Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	LPfG	= Landespflegegesetz
GVBl.	= Gesetz- und Verordnungsblatt	LPK	= Lehr- und Praxiskommentar
GVG	= Gerichtsverfassungsgesetz	LSG	= Landessozialgericht
GV NW	= Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen	LT-Drucks.	= Landtags-Drucksache
GWB	= Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	LTS	= Landestreuhandstelle
HärteV	= Verordnung über Zusatzleistungen in Härtefällen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz	LUVO	= Lebensunterhalt-Verordnung
HAiPflG	= Hessisches Altenpflegegesetz	LV	= Landesverfassung
HeimG	= Heimgesetz	LVerfGE	= Entscheidungen der Verfassungsgerichte der Länder
HeimMindBauV	= Heimmindestbauverordnung	LVvVfG	= Landesverwaltungsverfahrensgesetz
HFR	= Höchststrichterliche Finanzrechtsprechung (Zeitschrift)	MAGS NW	= Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
HIVHG	= Gesetz über die humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen	Mbl	= Ministerialblatt
HmbJVBl.	= Hamburgisches Justizverwaltungsblatt	MDK	= Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
HMVO	= Verordnung über Hilfsmittel von geringem therapeutischen Nutzen oder geringem Abgabepreis in der gesetzlichen Krankenversicherung	MDR	= Monatsschrift für Deutsches Recht
HSGZ	= Hessische Städte- und Gemeindezeitung	MOG	= Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen
HSoG	= Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung	MPK	= Ministerpräsidentenkonferenz
HumHAG	= Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge	MSA	= Minderjährigenschutzabkommen
ICF	= International Classification of Functioning, Disability and Health	MTArb	= Manteltarifvertrag für Arbeiter des Bundes
IfG	= Informationsfreiheitsgesetz	Mug	= Mutterschaftsgeld
IKK	= Innungskrankenkasse	MuSchG	= Mutterschutzgesetz
InfAuslR	= Informationsbrief Ausländerrecht	m. w. N.	= mit weiteren Nachweisen
ISD	= Internationaler Sozialdienst	Nds. GVBl.	= Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
ISG	= Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik	NdsMBl.	= Niedersächsisches Ministerialblatt
JAMt	= Das Jugendamt (Zeitschrift)	NdsRpfl	= Niedersächsische Rechtspflege
JFG	= Jugendförderungsgesetz	NDV	= Nachrichtendienst des Deutschen Vereins
JStG	= Jahressteuergesetz	NDV-RD	= Rechtsprechungsdienst als Beilage zum Nachrichtendienst des Deutschen Vereins
JVA	= Justizvollzugsanstalt	n. F.	= neue Fassung
JWG	= Jugendwohlfahrtsgesetz	NJW	= Neue Juristische Wochenschrift
KassKomm	= Kasseler Kommentar Sozialversicherungsrecht	NJW-RR	= Rechtsprechungs-Report der NJW
KdU	= Kosten der Unterkunft	NLZSA	= Niedersächsisches Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben
KFürsV	= Kriegsofferfürsorgeverordnung	NNVG	= Niedersächsisches Nahverkehrsgesetz
KfzHV	= Kraftfahrzeughilfe-Verordnung	NordÖR	= Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
KG	= Kammergericht	NPflegeG	= Niedersächsisches Pflegegesetz
KGG	= Kindergeldgesetz	NSchG	= Niedersächsisches Schulgesetz
KGZ	= Kindergeldzuschlag	NVwZ	= Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
KHG	= Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenpflegesätze	NVwZ-RR	= Rechtsprechungs-Report der NVwZ
KiGaG	= Kindergartengesetz	NWVBl.	= Nordrhein-Westfälische Verwaltungsverordnungen
		NZA	= Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
		NZM	= Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
		NZS	= Neue Zeitschrift für Sozialrecht
		OHG	= Offene Handelsgesellschaft
		OLG	= Oberlandesgericht
		ÖPNV	= Öffentlicher Personennahverkehr
		OVG	= Oberverwaltungsgericht
		PBefG	= Personenbeförderungsgesetz

PfG	= Pflegegesetz	SozVers	= Sozialversicherung
PfGGWVO	= Pflegewohngeldverordnung	SPLG	= Sozialpädagogische Lebensgemeinschaft
PflegeVG	= Pflege-Versicherungsgesetz	StÄndG	= Steueränderungsgesetz
PfFEinrVO	= Pflegeeinrichtungsförderverordnung	StGB	= Strafgesetzbuch
PfIR	= Pflegerecht (Zeitschrift)	StPO	= Strafprozessordnung
PfIRi	= Pflegebedürftigkeits-Richtlinien	st. Rspr.	= ständige Rechtsprechung
PKH	= Prozesskostenhilfe	StVollzG	= Strafvollzugsgesetz
PKV	= Private Krankenversicherung	SV	= Sozialversicherung
PostZtgO	= Postzeitungsordnung	ThürAGBSHG	= Thüringer Ausführungsgesetz zum BSHG
PTVS	= Pflege-Transparenzvereinbarung stationär	ThürVBl.	= Thüringer Verwaltungsblätter
RBEG	= Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	UN-BRK	= Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen
RBerG	= Rechtsberatungsgesetz	UPR	= Zeitschrift für Umwelt- und Planungsrecht
RBSFV	= Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung	UR	= Umsatzsteuer-Rundschau
RdLH	= Rechtsdienst der Lebenshilfe	USK	= Urteilssammlung für die gesetzliche Krankenversicherung
RDM	= Ring Deutscher Makler	UStG	= Umsatzsteuergesetz
Rdnr.	= Randnummer	UStR	= Umsatzsteuer-Richtlinien
RFHE	= Entscheidungen des Reichsfinanzhofs	UVG	= Unterhaltsvorschussgesetz
RFV	= Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht	VBIBW	= Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
RGBI.	= Reichsgesetzblatt	VerfGH	= Verfassungsgerichtshof
RGebStV	= Rundfunkgebührenstaatsvertrag	VermG	= Vermögensgesetz
RGZ	= Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen	VersR	= Zeitschrift für Versicherungsrecht
RKG	= Reichsknappschaftsgesetz	VerwArch	= Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
Rpfl.	= Der Deutsche Rechtspfleger	VerwR	= Verwaltungsrechtsprechung in Deutschland (Zeitschrift)
RsDE	= Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen (Zeitschrift)	VG	= Verwaltungsgericht
RStBl.	= Reichssteuerverblatt	VGH	= Verwaltungsgerichtshof
RSV	= Regelsatzverordnung	VgV	= Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
RSVO	= Regelsatzverordnung	VO	= Verordnung
RVA	= Reichsversicherungsamt	VOL/A	= Verdingungsordnung für Leistungen, Teil A: Allgemeine Bestimmungen
RVO	= Reichsversicherungsordnung	VorschulEinrG	= Gesetz zur Förderung der vorschulischen Erziehung
SächsVBl.	= Sächsische Verwaltungsblätter	VSSR	= Vierteljahresschrift für Sozialrecht
SchFG	= Schulfinanzgesetz	VVG	= Gesetz über den Versicherungsvertrag
SchG	= Schulgesetz	VwGO	= Verwaltungsgerichtsordnung
SchpflG	= Schulpflichtgesetz	VwV	= Verwaltungsvorschriften
SchulG	= Schulgesetz	VwVfG	= Verwaltungsverfahrensgesetz
SchVG	= Schulverwaltungsgesetz	VwZG	= Verwaltungszustellungsgesetz
SchwabAV	= Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung	WAV	= Wohnaufwendungenverordnung Berlin
SchwBG	= Schwerbehindertengesetz	WoBauG	= Wohnungsbaugesetz
SG	= Sozialgericht	WoBindG	= Wohnungsbindungsgesetz
SGb	= Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)	WoFG	= Wohnraumförderungsgesetz
SGB I	= Sozialgesetzbuch – Erstes Buch – Allgemeiner Teil	WoFIV	= Wohnflächenverordnung
SGB II	= Sozialgesetzbuch – Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende	WoGG	= Wohngeldgesetz
SGB III	= Sozialgesetzbuch – Drittes Buch – Arbeitsförderung	WoGV	= Wohngeldverordnung
SGB IV	= Sozialgesetzbuch – Viertes Buch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung	WoGVwV	= Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Wohngeldgesetz
SGB V	= Sozialgesetzbuch – Fünftes Buch – Gesetzliche Krankenversicherung	WRV	= Weimarer Reichsverfassung
SGB VI	= Sozialgesetzbuch – Sechstes Buch – Gesetzliche Rentenversicherung	WÜD	= Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
SGB VII	= Sozialgesetzbuch – Siebtes Buch – Gesetzliche Unfallversicherung	WuM	= Zeitschrift für Wohnungswirtschaft und Mietrecht
SGB VIII	= Sozialgesetzbuch – Achtes Buch – Kinder- und Jugendhilfe	ZAR	= Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
SGB IX	= Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen	ZDG	= Zivildienstgesetz
SGB X	= Sozialgesetzbuch – Zehntes Buch – Sozialverfahren und Sozialdatenschutz	ZERB	= Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
SGB XI	= Sozialgesetzbuch – Elftes Buch – Soziale Pflegeversicherung	ZfA	= Zeitschrift für Arbeitsrecht
SGB XII	= Sozialgesetzbuch – Zwölftes Buch – Sozialhilfe	ZfF	= Zeitschrift für das Fürsorgewesen
SGG	= Sozialgerichtsgesetz	ZfJ	= Zeitschrift für Jugendrecht
SHR	= Sozialhilferichtlinien	ZfS	= Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung
Slg.	= Sammlung	ZfSH/SGB	= Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
SozR	= Sozialrecht (Loseblattsammlung)	ZIP	= Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis, ab 1983: Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
SozSich	= Soziale Sicherung (Zeitschrift)	ZMR	= Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
		ZPO	= Zivilprozessordnung
		ZSEG	= Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen
		ZSpr.	= Zentrale Spruchstelle für Fürsorgestreitigkeiten